



Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBERG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 01/2009

4. Februar 2009

Hamburger Wohnungsmarkt in der Krise – CDU und GAL lehnen Initiativen in der Bürgerschaft ab

Die Situation auf dem Hamburger Wohnungsmarkt spitzt sich immer weiter zu: steigende Mieten gehen einher mit einem immer geringeren Wohnungsangebot. Davon betroffen sind zuerst Menschen mit geringem Einkommen und Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Alleinerziehende, Migrant/innen und Wohnungslose, die auf dem freien Wohnungsmarkt in einer schwachen Position sind.

Die Ursachen für die Krise am Wohnungsmarkt sind simpel: Hamburg wächst kontinuierlich durch Zuzüge. 2007 betrug die Wachstumsrate insgesamt 0,5 Prozent. Im ersten Halbjahr 2008 setzt sich dieser Trend fort. Dazu wohnen immer mehr Menschen allein.

Zur Krise kommt es aber erst

dadurch, dass der Wohnungsbau mit den beschriebenen Entwicklungen nicht mithalten kann. Die zuständige Behörde selbst spricht von einem Bedarf von jährlich 5000 bis 6000 neuen Wohnungen. Wurden 1998 noch knapp 7000 Wohnungen fertig gestellt, so dümpelt der Wohnungsneubau seit 2002 um die 3000 Einheiten. Besonders der Neubau von Mehrgeschosswohnungen hat abgenommen. Verschärft wird die Wohnungsmarktsituation durch abnehmende Mietpreisbindungen für Sozialwohnungen. In der Regel werden die Mieten dieser Wohnungen nach dem Auslaufen der Bindung erhöht.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Schon seit Jahren fordert die SPD

deshalb den massiven Ausbau des Wohnungsbaus in Hamburg, den Erhalt von Sozialbindungen und Maßnahmen zur Begrenzung des Mietanstiegs. Nun befasste sich im Dezember vergangenen Jahres die Bürgerschaft mit Anträgen von SPD und DIE LINKE zum Hamburger Wohnungsmarkt. Die SPD-Fraktion forderte u.a. ein „Programm 1000“ zum Ankauf von Belegungsbindungen, während DIE LINKE einen umfassenden Bericht zu Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft beantragte.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der schwarz-grünen Koalition abgelehnt und auch nicht in den Fachausschuss überwiesen. Doch die SPD wird am Ball bleiben.

In dieser Ausgabe:

SPD WILL MUSIKBUNKER IN DER HUMBOLDTSTR. ERHALTEN	2
BARMBEKER SAGA GWG-WOHNUNGEN VOR DRASTISCHEN MIETERHÖHUNGEN	2
WEGE ZU EINER TRANSPAREN- TEN UND VERANTWORTUNGS- VOLLEN SOZIALPOLITIK	3
KONTAKT ZU DEN SPD- WAHLKREISBÜROS	4
MITARBEITERWECHSEL IM ABGE- ORDNETENBÜRO BEKERIS	4
NEUE HOMEPAGE VON WIL- FRIED BUSS ONLINE	4
DGB-DEMO AM 12. FEBRUAR: FINANZKASINO SCHLIEßEN	4

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Wenn der Staat zur Steuerflucht animiert ... dann ist Freytag

Und da behauptete noch einer, der Staat würde seine Bürger/innen immer nur schröpfen – von wegen!

Der Hamburger Senat kann auch ganz anders. Pardon, konnte, denn nun ist die Party erst mal vorbei, die Scherben werden aufgekehrt, und alle warten bange auf die Rechnung. Gemeint sind die Geschäftspraktiken der HSH-

Nordbank, also jener immer-noch-irgendwie-Landesbank, die zu immerhin noch 30 Prozent der Stadt Hamburg gehört, also uns Bürger/innen und Steuerzahler/innen.

Wie wir inzwischen wissen, hat diese Bank unter der Ägide und Aufsicht des Finanzsenators Freytag und seines Vorgängers Peiner

(beide CDU) im globalen Kasino namens Finanzmarkt kräftig mitgezockt.

Zu den allseits beliebten Zockertricks gehören die Geschäfte in den sogenannten Steueroasen, also Ländern, in denen für Investmentgeschäfte gar keine oder nur sehr geringe Steuern zu zahlen sind. Diese Steueroasen, wie z.B. die

Cayman-Inseln, sind einer der Hauptgründe, warum es Firmen und vermögenden Privatpersonen in den letzten Jahren so effizient gelungen ist, ihre Steuerzahlungen in Deutschland (und anderswo) trotz riesiger Gewinne zu minimieren. Diese Steueroasen durch internationales Recht endlich

Fortsetzung auf Seite 2

Foto: HSH Nordbank

Die HSH Nordbank:
staatlich geförderte Steuerflucht



Foto: SPD-Bürgerschaftsfraktion

Neujahrsempfang der SPD-
Bürgerschaftsfraktion mit Gesine
Schwan

WILFRIED BUSS:
MIET-
ERHÖHUNGEN
MÜSSEN VIEL
MODERATER
AUSFALLEN UND
ÜBER EINEN
LÄNGEREN
ZEITRAUM
GESTRECKT
WERDEN.“

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Schulen sanieren

auszutrocknen, ist eine der wichtigsten Lehren aus der gegenwärtigen Finanzkrise.

Der Staat, unser Staat lebt von Steuern. Auch wenn wir alle gern mal über sie schimpfen: ohne Steuern kei-

ne Straßen, keine Schulen, keine Polizei.

Wenn nun eine Bank, die mehrheitlich dem Staat gehört, ihre solventen Kunden (also Firmen und vermögende Einzelpersonen) dadurch

lockt, dass sie ihnen Möglichkeiten zur Steuerflucht anbietet, wie sollen wir das dann nennen: Kreative Umverteilung? Oder doch eher dummdreist?

SPD will Musikbunker in der Humboldtstraße erhalten

Hamburg ist stolz darauf, Musikmetropole zu sein. Bisher durchaus zu Recht, denn es gibt eine lebendige und vielfältige Musikszene, darunter auch hunderte von Rock-, Pop- oder Jazzbands. Diese Bands brauchen natürlich geeignete Probenräume, die bezahlbar sind und für Anwohner keine Lärmbelästigung darstellen. Ideal dafür sind viele der alten Bunker, von denen es über 100 in Hamburg gibt. Auch der Hochbunker in der Humboldtstraße 91-99 in Barmbek-Süd wird seit Jahren als Übungsraum genutzt, vor allem von Gruppen des Vereins RockBüro.

Doch nach dem Willen des Senats soll damit bald Schluss sein: Er will den Bunker verkaufen. Eventuelle private Investor/innen werden sicherlich anderes damit anstellen wollen als Musikproben. Die SPD lehnt den Verkauf ab, denn wenn die Stadt es ernst meint mit Kultur und Talentförderung, braucht sie genau solche Angebote für Bands mit wenig Geld. Die Bezirksabgeordnete Funda Gür und der Regionalausschussvertreter der SPD Sven Tode haben das Thema deshalb in der Bezirksversammlung auf die Agenda gesetzt,

haben die Senatsvertreter/innen in den Ausschuss zitiert und nachgebohrt. Anscheinend findet die Finanzbehörde bisher keinen Käufer.

Die SPD wird nun weitere Initiativen starten, um den Bunker als Probenraum zu erhalten. Ksenija Bekeris und Wilfried Buss unterstützen dies in der Bürgerschaft: Sie verlangen vom Senat, insbesondere von der GAL, das Motto der „kreativen Stadt“ auch einzulösen und nicht kurzfristigen Geschäftsinteressen zu opfern.

Barmbeker SAGA GWG-Wohnungen vor drastischen Mieterhöhungen. SPD fordert soziale Abfederung von Modernisierungen

Das stadteigene Wohnungsunternehmen SAGA GWG plant in Barmbek-Nord bei rund 120 Wohnungen drastische Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungen.

Nach Auskunft des Mietervereins zu Hamburg sollen die Mieten bei SAGA GWG-Wohnungen an der Habichtstraße, am Schwalbenplatz und am Lißmannseck um 50 bis 65 Prozent steigen. In einem Gespräch mit dem Mieterverein lehnte die SAGA GWG eine Staffelung der Mieterhöhung ab.

Ksenija Bekeris und Wilfried Buss sind entsetzt über die angekündigten Mieterhöhungen, die zahlreiche langjährige Mieterinnen und Mieter aus dem Stadtteil drängen könnten. Ihrer Ansicht nach darf das vorrangige Ziel der SAGA GWG als öffentliches Unternehmen nicht sein, möglichst hohe Gewinne einzufahren, sondern günstigen Wohnraum für Menschen aller Bevölkerungsschichten bereitzustellen.

Dabei halten die Abgeordneten eine energetische Mo-

dernisierung angesichts des Klimawandels und steigender Energiepreise unbedingt für sinnvoll. Allerdings müssen Mieterhöhungen nach Modernisierungen viel moderater ausfallen und über einen längeren Zeitraum gestreckt werden.

Die beiden SPD-Abgeordneten fragen nun in der Bürgerschaft nach Details und Hintergründen der Mieterhöhungen, um Argumente gegen diese unverhältnismäßigen Mieterhöhungen zu sammeln.

SPD skizziert in Haushaltsberatungen Wege zu einer verantwortungsvollen und transparenten Sozialpolitik. Ksenija Bekeris: „Wir brauchen eine sozialpolitische Wende“

Die soziale Spaltung in Hamburg nimmt weiter zu, die Bevölkerung wächst und wird älter. Die Wohnstruktur ändert sich zusätzlich dadurch, dass immer mehr Menschen allein leben. Das alles sind Veränderungen, die durch eine sozial gerechte Sozialpolitik gesteuert werden müssen.

Angesichts dieser Herausforderungen ist der Haushaltsentwurf der CDU-geführten Sozialbehörde eine Enttäuschung. Darin ist eine Fortsetzung der unsozialen Politik der vergangenen Jahre festgeschrieben. Senator Wersich selbst spricht von einem „Überrollen“ der früheren Haushaltspläne.

Die SPD-Fraktion setzt dagegen einen Antrag für eine verantwortungsvolle und transparente Sozialpolitik. Für Ksenija Bekeris, die als Mitglied im Sozial- und Gleichstellungsausschuss den SPD-Antrag mit verfasste, werden darin wichtige Schritte für eine echte sozialpolitische Wende formuliert.

Für eine verantwortungsvolle Sozialpolitik fordert die SPD einen „Masterplan seniorengerechte Stadt“. Darin enthalten soll die zügige Umsetzung einer größeren Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im HVV sein. Diese Maßnahmen wären zum Beispiel im Zuge des Konjunkturprogramms schnell umzusetzen. Zudem soll der Umbau bestehender Wohnungen zu barrierefreiem Wohnraum für Seniorinnen und Senioren mit Behinderungen gefördert werden.

Und nicht zuletzt fordert die SPD die Einführung eines Hamburger Qualitätsstandards für „Betreutes Wohnen“.

Im Bereich Pflege fordert die SPD schnelle Maßnahmen gegen den drohenden Fachkräftemangel im Altenpflegebereich. Ein schnelles Handeln wäre auch beim Landesheimgesetz notwendig. Noch immer fehlt hier ein Gesetzentwurf! Die SPD kritisiert in ihrem Antrag auch die Umsetzung der Bundespflegereform in Hamburg. Die dort vorgesehenen zusätzlichen Gelder für Dementenbetreuung führen in Hamburg durch eine Kompensation im Hamburger Dementenprogramm zu keiner Verbesserung der Personalausstattung. Auch die Anzahl der angekündigten acht Pflegestützpunkte hält die SPD nicht für ausreichend, um das Ziel einer wohnortnahen Beratung sicher zu stellen.

Ebenso sind in den Bereichen Obdachlosigkeit und Schuldnerberatung, die Ksenija Bekeris schwerpunktmäßig bearbeitet, schnelle Veränderungen notwendig. So sind beim Kampf gegen Obdachlosigkeit der immer enger werdende Wohnungsmarkt und die steigenden Mieten gerade bei kleinen Wohnungen ein Problem. Hier würde nur eine massive Förderung von Neubauten und eine Aufstockung des Sozialwohnungsbestands helfen. Ein weiterer Aspekt, mit dem sich der Senat bisher überhaupt nicht beschäftigt hat, sind die zahlreichen

obdachlosen Arbeitsmigrant/innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Eine Stadt, die von diesen billigen Arbeitskräften profitiert, muss hier gemeinsam mit den Arbeitgeber/innen eine Lösung finden, so die Forderung der SPD-Fraktion.

Über die falschen Weichenstellungen des Senats in der Schuldnerberatung wurde an dieser Stelle bereits berichtet. Die SPD sieht hier zuerst Handlungsbedarf bei der Beratung (ehemals) Klein- und Kleinstselbständiger und bei der Prävention bei Jugendlichen. Beide Gruppen werden zurzeit von der öffentlichen Beratungsförderung nicht erfasst. Das muss schleunigst geändert werden.

Dazu fordert die SPD für eine transparente Sozialpolitik u.a. eine Erweiterung des Lebenslagenberichts. Darin sollen in Zukunft nicht nur Instrumente der Armutsbekämpfung genannt, sondern diese auch auf ihren Erfolg hin untersucht werden. Eine höhere Transparenz verlangt die SPD auch bei dem in den Bezirken neu eingeführten Sozialraummanagement. Erste Erfahrungen zeigen, dass die personelle und finanzielle Ausstattung der Bezirke für diesen Bereich nicht ausreicht. Die SPD fordert einen Bericht über das neue Sozialraummanagement.

Mit diesen und mit vielen weiteren Forderungen geht die SPD in die Haushaltsberatungen. Vom 3. Bis 5. März wird darüber in der Bürgerschaft debattiert.



Foto: SPD-Bürgerschaftsfraktion

Neujahrsempfang der SPD-Bürgerschaftsfraktion mit Gesine Schwan



Foto: SPD-Bürgerschaftsfraktion

Neujahrsempfang der SPD-Bürgerschaftsfraktion mit Gesine Schwan

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris **Büroleitung: Beate Schmid-Janssen**

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di: 10-19 Uhr
Mi-Fr: 09-13 Uhr

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss **Büroleitung: Sönke Klages**

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Familien-, Kinder- und Jugend-
ausschuss
- Sozial- und Gleichstellungsaus-
schuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur-, Kreativwirtschafts-
und Tourismusausschuss
- Schulausschuss

Mitarbeiterwechsel im Abgeordnetenbüro Bekeris **Zusätzliche Unterstützung für den Familien-, Kinder- und** **Jugendausschuss**



Alf-Tomas Epstein, neuer Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro Bekeris

Foto: Alf-Tomas Epstein

Zum Jahreswechsel fand ein Mitarbeiterwechsel im Abgeordnetenbüro von Ksenija Bekeris statt. Sebastian Mietzner widmet sich wieder voll seinem Studium. Er hat mit der Gestaltung eines Wahlkreisflyers langfristig Spuren hinterlassen.

Seine Aufgaben nimmt seit Januar Alf-Tomas Epstein wahr. Er unterstützt Ksenija Bekeris dazu vor allem bei der Vorbereitung für den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss. Im Büro ist Alf-Tomas Epstein Dienstag vormittags anzutreffen.

Neue Homepage von Wilfried Buss online

Wilfried Buss hat nun eine neue Homepage: www.wilfriedbuss.de

Hier finden Sie alle Informationen rund um Wilfried Buss' Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis sowie interessante Pressetexte, Termine und Materialien.

Genauso interessant bleibt die Homepage von Ksenija Bekeris: www.ksenija-bekeris.de

DGB-Demo am 12. Februar, ab 16.30 Uhr: **Finanzkasino schließen! Jetzt in die Zukunft investieren!**

Der DGB Hamburg ruft am 12. Februar als Reaktion auf die Finanzkrise zu einer Demonstration auf. Beginn der Demonstration ist um 16.30 Uhr am Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof. Um 18 Uhr findet die Abschlusskundgebung auf dem Gänsemarkt statt. Die Demonstration steht unter der Überschrift: Finanzkasinos schließen!

Weitere Forderungen sind u.a.:

Jetzt die öffentliche Kontrolle auf den Finanzmärkten ausbauen, riskante Finanzprodukte verbieten, Steueroasen trocken lecken!

- Jetzt in die Sanierung von Kitas, Schulen und Hochschulen investieren, Krankenhäuser modernisieren, Sozialwohnungsbau verdoppeln!

- Jetzt Löhne steigern und Mindestlohn durchsetzen, Hartz IV erhöhen, Bildungsgebühren abschaffen!
- Jetzt Arbeitsmarkt- und Weiterbildungsoffensive starten!

Auch die Hamburger SPD ruft zu dieser Demonstration auf.

Seite 4